

Regelungen zum Mandatsverhältnis / Rahmenvereinbarung
einschließlich Hinweisen und Erklärungen zur Datenverarbeitung und Kommunikation

zwischen

der Kanzlei „Schlüter-Waack-Hildebrandt“, (Rechtsanwalt Kai Sohrweide, angestellter
Rechtsanwalt), geschäftsansässig Stadtweg 45, 24837 Schleswig

- im Weiteren: Rechtsanwälte —

und _____

- im Weiteren: Mandant -

zur (beabsichtigten) Angelegenheit _____

wegen: _____

Az.: _____

1. Geltung dieser Vereinbarung für künftige Mandate

Diese Mandatsvereinbarungen gelten über das vorstehend genannte Mandat hinaus ab dem Zeitpunkt des Abschlusses dieser Rahmenvereinbarung für jeden weiteren erteilte Mandat.

2. Gebührenhinweis

Vor Auftragserteilung wurde der Mandant in der beabsichtigten o. a. Angelegenheit gemäß § 49 Abs.5 BRAO darauf hingewiesen, dass sich die zu erhebenden Gebühren grundsätzlich nach dem Gegenstandswert der Angelegenheit richten. Die gesetzlichen Gebühren richten sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), soweit nicht eine zulässige abweichende Vereinbarung getroffen wird. Es wurde ferner vor Übernahme des Auftrags darauf hingewiesen, dass der Wert zu Beginn des Auftrages oftmals nur geschätzt werden kann. Eine abschließende Bestimmung des Wertes kann in der Regel erst nach Abschluss der Angelegenheit erfolgen.

Auch die unberechtigte Inanspruchnahme wegen einer Forderung begründet nicht ohne weiteres einen Kostenerstattungsanspruch des in Anspruch Genommenen hinsichtlich der für die Abwehr des Anspruchs aufgewendeten Anwaltskosten.

Erstellen die Rechtsanwälte Fotokopien oder Abschriften, sind diese Kosten - insoweit abweichend von der Regelung in Nr. 7000 VV-RVG - ab der ersten Kopie vom Mandanten zu tragen. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der gesetzlichen Regelung (Ziffer 7000 VV-RVG).

3. Abtretung; Kostenerstattung, Hinweise

Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in Höhe der Honorarforderung der Rechtsanwälte hiermit an diese ab. Diese nehmen die Abtretung an. Die Rechtsanwälte dürfen eingehende Zahlungen auf offene Honorarforderungen, auch aus anderen Angelegenheiten, verrechnen.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass Handakten der Rechtsanwälte bis auf die Kostenakte und etwaige Titel grundsätzlich nach Ablauf von sechs Jahren nach Beendigung des Mandats vernichtet werden. Im Übrigen verweisen wir auf die Regelungen des § 50 BRAO.

Wir nehmen nicht an Streitbelegungsverfahren nach § 36 VSBG bei der Verbraucherschlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft in Berlin teil.

4. Gegenstand der Tätigkeit

Die Rechtsberatung bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland und umfasst keine steuerrechtliche Beratung, soweit sich nicht das Mandat ausdrücklich auf steuerrechtliche Angelegenheiten bezieht. Etwaige steuerliche Auswirkungen hat der Mandant durch fachkundige Dritte auf eigene Veranlassung klären zu lassen und etwaige Gestaltungsanforderungen den Rechtsanwälten mitzuteilen.

Die Rechtsanwälte sind berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats Mitarbeiter, andere Rechtsanwälte und sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, verpflichten sich die Rechtsanwälte, zuvor die Zustimmung des Mandanten einzuholen.

5. Mitwirkung

Der Mandant wird während der Dauer des Mandats diesbezüglich nur in Abstimmung mit den Rechtsanwälten mit Dritten in Kontakt treten.

Der Mandant wird die Rechtsanwälte unterrichten, wenn sich seine Kontaktdaten ändern oder er über längere Zeit nicht erreichbar ist.

Soweit die Rechtsanwälte beauftragt sind, den Schriftwechsel mit einer Rechtsschutzversicherung zu führen, werden sie von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung ausdrücklich befreit.

6. Haftungsbeschränkungsvereinbarung

Die Rechtsanwälte haften für eigenes Verschulden und für Verschulden ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen, es sei denn, dass die Haftung durch die nachstehenden Bestimmungen und/oder durch besondere Vereinbarung ausgeschlossen oder begrenzt wird.

a) Rechtsanwälte und Mandant kommen überein, dass die Haftung der Rechtsanwälte für etwaige Berufsversehen im Rahmen der Wahrnehmung des vorstehenden Auftrags bezogen auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf 1.000.000,00 € (in Worten: Eine Million EURO) beschränkt wird, soweit die Haftung nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht. Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass er bei höheren Haftungsrisiken die Möglichkeit hat, durch die Rechtsanwälte eine gesonderte Haftpflichtversicherung gegen Erstattung der Versicherungsprämie abschließen zu lassen.

b) Rechtsanwälte und Mandant sind darüber einig, dass das Mandat und diese Vereinbarung keine Rechte Dritter begründen; eine Haftung besteht ausschließlich gegenüber dem Mandanten. Vorsorglich wird jedoch vereinbart, dass die Bestimmungen dieser

Haftungsbeschränkungsvereinbarung auch dann gelten, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte.

c) Der Betrag von € 1.000.000,00 stellt den Höchstbetrag der der Rechtsanwälte in jedem einzelnen Schadensfälle obliegenden Leistung dar mit der Maßgabe, dass nur eine einmalige Leistung der Summe in Betracht kommt, und zwar auch hinsichtlich mehrerer entschädigungspflichtiger Personen, auf welche sich diese Haftungsbeschränkung erstreckt, bezüglich eines aus mehreren Verstößen stammenden einheitlichen Schadens und bezüglich sämtlicher Pflichtverletzungen bei der Erledigung eines einheitlichen Auftrages, mögen diese auf dem Verschulden eines Sozius, eines Berufsträgers, eines Mitarbeiters oder einer von der Sozietät herangezogenen Hilfsperson, die auch ein anderer Berufsträger sein kann, beruhen. Als einzelner Schadensfall ist die Summe der Schadensersatzansprüche aller Anspruchsberechtigten zu verstehen, die sich aus einem oder mehreren Pflichtverstößen bei Erledigung eines einheitlichen Auftrags ergeben können.

d) Die vorstehend genannten Bestimmungen gelten entsprechend für die Beauftragung dritter Personen im Namen und im Interesse des Auftraggebers; die entsprechende Geltung bezieht sich auch auf Pflichtverstöße dieser beauftragten dritten Person. Die Beschränkung gilt sowohl für die Auswahl als auch für die Überwachung und Zusammenarbeit mit diesen Personen im Rahmen des Mandatsverhältnisses.

e) Eine Erweiterung des Mandatsverhältnisses wird auch von den Bestimmungen dieser Haftungsbeschränkungsvereinbarung erfasst, soweit es sich dabei um dasselbe Mandatsverhältnis handelt und nicht um die Begründung eines neuen Mandatsverhältnisses.

f) Von dem vorstehenden Haftungsausschluss ausgenommen sind Ansprüche aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wenn die Rechtsanwältin die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Einer Pflichtverletzung der Rechtsanwältin steht die eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen gleich.

7. Datenschutzhinweise

Die Rechtsanwälte sind berechtigt, ihnen anvertraute Daten des Mandanten im Rahmen des Mandats mit Datenverarbeitungsanlagen zu erfassen, zu speichern und zu verarbeiten.

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Kanzlei „Schlüter-Waack-Hildebrandt“ in Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Stadtweg 45, 24837 Schleswig, Deutschland [Email: info@schlueter-waack-hildebrandt.de](mailto:info@schlueter-waack-hildebrandt.de)
Telefon: +49 (0)4621-26656, Fax: +49 (0)4621-26658.

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Kanzlei Schlüter-Waack-Hildebrandt, Herr Rolf Bourgin, ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Herrn Bourgin, beziehungsweise unter info@schlueter-waack-hildebrandt.de erreichbar.

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir insbesondere folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname, ggf. Geburtsname, Geburtsdatum und -ort

- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Beruf, Arbeitgeber, Vorsteuerabzugsberechtigung
- ggf. Rechtsschutzversicherung
- Bankverbindung
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), Faxnummer
- Informationen, die für die Beratung, Gestaltung, Geltendmachung von Ansprüchen und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind
- Herkunft des Kontakts

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie und ggf. die Beteiligten identifizieren und unseren gesetzlichen Informationspflichten gegenüber Dritten (Behörden etc.) nachkommen zu können;
- um Sie angemessen beraten und ggf. vertreten und Ihnen ggf. eine Gestaltung (z.B. Verträge o.ä.) zur Verfügung stellen und eine etwaige Vorbefassung/Interessenkollision prüfen zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen und ggf. Dritten;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte und Ablauf zu berücksichtigender Verjährungsfristen gelöscht, es sei denn, dass ich nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Mit Unterzeichnung erklären Sie sich bis auf jederzeit möglichen Widerruf mit der Speicherung Ihrer Daten auch über die genannten Fristen hinaus einverstanden, ohne dass für die Rechtsanwälte eine Verpflichtung hierzu besteht, z.B. um auch nach Ablauf der Fristen eine Wiederaufnahme der Angelegenheit (z.B. spätere Zwangsvollstreckung aus vorhandenem Titel o.ä. oder Prüfungen auf Interessenkollisionen oder notarielle Vorbefassungen) zu erleichtern.

Unberührt bleibt Art. 17 Abs. 3 DSGVO, wonach eine Löschung nicht vorgenommen werden muss, soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erfolgt, die die Verarbeitung erfordert. Dies kann z.B. im Hinblick auf §§ 43 a, 45 BRAO (anwaltliche Interessenkollision und Vorbefassung durch notarielle Tätigkeit) oder § 3 BeurkG (anwaltliche Vorbefassung bei notarieller Tätigkeit) gegeben sein.

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfah-

rensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte), sonstige Beteiligte sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Die Pflicht zur Berufsverschwiegenheit bleibt selbstverständlich unberührt.

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO eine erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen; weitere gesetzliche Erlaubnistatbestände (etwa nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit b) „Auftragserfüllung oder -vorbereitung“ bleiben unberührt -
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@schlueter-waack-hildebrandt.de

Sie haben das Recht, sich mit einer datenschutzrechtlichen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu wenden. Zuständige Aufsichtsbehörde ist: ULD Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, Holstenstr. 98, 24103 Kiel, Tel.: 0431-9881200, Fax: 04319881223, [Mail: mail@datenschutzzentrum.de](mailto:mail@datenschutzzentrum.de).

8. Kommunikation, Einwilligung

Soweit der Mandant den Rechtsanwälten einen Faxanschluss oder eine E-Mail-Adresse mitteilt, erklärt er sich damit bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung einverstanden, dass die Rechtsanwälte ihm ohne Einschränkungen hierüber unverschlüsselt mandatsbezogene Informationen zusenden. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff haben und dass er Eingänge regelmäßig überprüft. Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist. Der Mandant ist verpflichtet, die Rechtsanwälte darauf hinzuweisen, wenn Einschränkungen bestehen oder Sendungen nur nach vorheriger Ankündigung gewünscht werden. Mit Unterzeichnung wird das Einverständnis mit der Kommunikation durch unverschlüsselte Kommunikation sowohl mit dem Beteiligten als auch mit im Rahmen der Auftragsbearbeitung zu kontaktierenden Dritten (z.B. weitere Beteiligte, Gegner, Gegnerbevollmächtigte, Gerichte, Behörden, Versicherungen, Grundpfandrechtsgläubiger etc.) erklärt.

Telefonische Auskünfte können eine persönliche Beratung nicht ersetzen. Sie erfolgen deshalb stets ohne Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit.

9. Salvatorische Klausel

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieser Vereinbarungen hat auf die Wirksamkeit in ihren übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Vereinbarung in zulässiger Weise am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, soweit eine Regelungslücke offenbar werden sollte.

Mit den vorstehenden Mandatsbedingungen bzw. der Rahmenvereinbarung und der Speicherung/Verarbeitung meiner/unserer Daten sowie der unverschlüsselten Korrespondenz via E-Mail/Fax (bei Benennung einer Adresse/eines Anschlusses) mit mir und mit Dritten in meiner Sache bin ich / sind wir einverstanden.

Schleswig, den

.....
(Rechtsanwalt/ Rechtsanwältin)

.....
(Mandant)